

Fernsprecher: Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722 Postcheckkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden Nr. 16, Holbeinstrasse 46

# Sächsisches Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich drei Mark und Ausgabe A mit illustrierter Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M. einschließlich Postgebühr. Preis der Einzelnummer 20 Pf. Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die Zeilenspalte aller Anzeigen 1.20 M. im Restmonat 2.50 M. - Für unentgeltlich gelieferte, keine durch Fernsprecher ausgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

## Oberschlesische Stimmungen während der Pariser Konferenz

Die polnische Begleitmusik zur Tagung des Obersten Rates. - "Wie erobern wir die Städte?" - "Wie entlassen wir die Engländer?" - Polnische Siegesgewissheit. - Der Kampf um Königshütte.

(Von unserem ober-schlesischen Mitarbeiter)  
Weutchen, 9. August  
Das Spiel hat begonnen. In Paris verhandelt man über die Entscheidung um Oberschlesiens Schicksal und in Oberschlesien fernher sich die Polen um die entsprechende Begleitmusik. Schon am Sonntag fanden in zahlreichen Orten von ganz Oberschlesien polnische Versammlungen statt, die zwar streng geheim sein sollten, jedoch nicht so geheim waren, daß man nicht den Gegenstand der Verhandlung und den Verlauf der Besprechungen erfuhr. Am Montag, also am Tage des Zusammentritts des Obersten Rates in Paris fanden weitere polnische Versammlungen, z. B. in Rattowitz, wo ein Rappiner Redner sprach, statt und für heute sind weitere Geheimversammlungen vorgesehen. In allen Orten, die in der Nähe größerer Städte liegen, die im Mai und Juni nicht "genommen" werden konnten, besetzte man sich in erster Linie mit der Frage: "Wie ist der Mißerfolg des 2. Polenaufstandes gut zu machen, wie bringen wir die Städte in unsern Besitz?" Es gab hierüber polnische Referate und im Anschluß hieran zahlreiche Rednerreden von polnischen Unterführern. In den Versammlungen, die im Landkreis Weutchen stattfanden, z. B. in Wipine, Hönnershütte, Rottwitz hat man, daß sich die Insurgenten für die Nacht vom kommenden Donnerstag zum Freitag für den nächsten Aufbruch bereit halten wollten. Aus zahlreichen anderen Orten wird übereinstimmend und zuverlässig berichtet, daß das zweite Thema der polnischen Geheimversammlungen war: "Wie vermeiden wir blutige Zusammenstöße mit den Engländern und wie entlassen wir sie, wenn sich Zusammenstöße nicht vermeiden lassen?" Auch die Diskussion über diese Frage war eine sehr "anregende".

Ursprünglich war der 4. Polenaufstand für die Morgenstunden des gestrigen Montags vorgesehen. Er sollte durch einen Generalstreik eingeleitet werden, dessen Vorarbeiten die neu gegründeten Geheimbünde der Insurgenten eifrig betrieben hatten. Diese Geheimbünde erklärten ihre erste empfindliche Niederlage: Sie fanden bei den ober-schlesischen Arbeitern keine Gegenliebe. Man ging zur Arbeit und kümmerte sich nicht um die geheim ausgeübte Streikparade. Der sozialdemokratische "Volkswille" von heute sagt dazu: "Ob die Arbeitervorkämpfer aus wirklicher Abneigung der polnischen Arbeiter gegen neue Streiks unterbleiben sind oder ob der Aufstand lediglich "abgepiffen" wurde, muß die kommende Zeit lehren." Jugleich sagt das Blatt in Uebereinstimmung mit den obigen Mitteilungen über den Verlauf der letzten polnischen Geheimversammlungen: "Weshalb hört man, daß die Polen erst die Pariser Entscheidung abwarten wollen?" Die Polen gaben sich bisher der Hoffnung hin, daß diese Entscheidung bis spätestens Donnerstag früh hier bekannt sein würde.

Zu den neuen Kampfmethoden der Insurgentenbünde gehört auch das Arrangement von großen und zahlreichen Waldbränden. Weshalb gibt es zur Zeit in Deutschland überall Waldbrände, aber doch nicht in so gehäufteter Form, und auch keine Waldbrände, bei denen Sachverständige nicht den geringsten Zweifel haben, daß sie systematisch angelegt wurden. Daß die Polen hinter diesen Waldbränden stehen, geht auch daraus hervor, daß städtische Feuerwehren in den verschiedenen Teilen Oberschlesiens mehrfach in der letzten Woche beschossen wurden! So wurde auch die städtische Feuerwehr in Rattowitz, als sie von 120 Arbeiter in den frühen Abendstunden heimkehrte, in Bogutshaus beschossen, obwohl Bogutshaus neuerdings so sicher sein wollte, daß die Flüchtlinge offiziell aufgefordert wurden, nach dort zurückzukehren, da jetzt wieder völlige Ruhe herrsche. Beachtenswert ist auch, daß die Franzosen trotz des Erstes der Pariser Verhandlungen sich zu einer gründlichen neuen Unterföschung der Polen aufrafften. Sie ließen durch den Mund der Interalliierten Kommission feierlich erklären, daß der neu gegründete "Deutsche Ausschuss" nicht anerkannt werden kann! Damit will man den Deutschen Oberschlesiens für die kommenden schweren Tage die Vertreibung rauben. Man will sie restlos vogelfrei machen! Es soll keine Organisation da sein, die sich der deutschen Bevölkerung annimmt und in ihrem Namen das Wort ergreift. Die Franzosen wissen, daß die einzelne Deutsche in den meisten Fällen es nicht wagen kann, selbständig beschwerdeführend vorzugehen. So glaubt man für die kommenden Tage mit einem Schlag die deutschen Klagen los zu sein, man glaubt den Sammelplatz deutscher Klagen beseitigt zu haben. Dieses mehr als eigenartige Verhalten der Interalliierten Kommission in dem Augenblick, wo das ober-schlesische Volk auf eine wirklich gerechte Entscheidung der Staatmänner in Paris wartet, muß um so mehrwürgiger berühren, als nicht auch der fürzlich von den Polen gegründete "Oberste Volksrat für Oberschlesien" seine Anerkennung gefunden hat!

Trotz dieses Zwischenspiels in Oberschlesien selbst hofft man hier zur Stunde immer noch auf eine einseitigen gerechte Entscheidung. Diese Hoffnung ist dadurch gewachsen, daß selbst die Polen mit Eifer zum Ausdruck bringen, daß das Industriegebiet - Pleß und Rappitz gehören auch dazu! - nicht geteilt werden könne. Auch die Warschauer "Krespospolita" verknüpft in einer ihrer letzten Nummern nochmals: "Der ober-schlesische Industriebezirk stellt ein unteilbares Ganzes dar. Das Eisenbahnenetz ist in Oberschlesien so dicht und so durch den Personen- und Güterverkehr beansprucht, daß größere Eisenbahnmanöver außerhalb des Industriegebietes durchgeführt werden müssen. Die Schmalspurbahnen verbinden fast alle Industrie-Unternehmungen miteinander. Von den Hütten und Grubenwerken gibt es keine, das von Unternehmungen, die in anderen Kreisen gelegen sind, nicht abhängig wäre." Die deutschen Blätter bringen noch einmal geschlossen zum Ausdruck, daß nur ein gerechter Spruch dem Bande den Frieden zurückgeben kann. Und dieser gerechte Spruch kann immer nur lauten: "Oberschlesien bleibt ungeteilt bei Deutschland! Das muß auch für Rappitz und Pleß gelten, das die Polen schon glauben, fest in der Tasche zu haben. Erst der jüngste Rat der Ratgeber Deutschen weiß noch einmal darauf hin, daß eine Abtrennung von Rappitz und Pleß zur wirtschaftlichen Entföschung weiterer Gebiete führen würde, die

zweifellos bei Deutschland bleiben werden. 20.000 Arbeiter fahren täglich zur Arbeit in die Kreise Rappitz und Pleß. Sie verlieren ihre Existenz, wenn diese Kreise abgetrennt werden, und mit ihnen werden weitere Tausende von Mittelstandsangehörigen ihre Existenz verlieren, wenn diese 20.000 Arbeiter der Kreise Rappitz und Pleß um Arbeitshätte und Brot kommen.

Die Polen markieren Siegesdreieck! Wartieren! Denn desto größere Siegesfreude man jetzt heuchelt, desto mehr hofft man die polnische Bevölkerung zu enttäuschen, wenn schließlich die polnischen Wünsche doch nicht erfüllt werden, und desto leichter hofft man dann, diese Kreise für den neuen Zustand trotz der Entlassung des letzten zu gewinnen. Aus dieser Erwägung heraus bringt das Weutener Organ Korstantys, der "Wegweiser", riesige Ueberschriften wie "Frankreich unerschütterlich" oder "Deutschlands Spiel verloren". Einen sachlichen Grund für derartige Bestimmungen hat die polnische Presse natürlich nicht. Der erste Tag der Pariser Verhandlungen am Montag hat keinerlei bestimmte Anhaltspunkte für die einzelnen Wünsche hinsichtlich der Grenzziehung ergeben. Lediglich in einem Savas-Sage kann man positive Angaben finden: Er lautet: "Der französische Sachverständige Darode gab der Ansicht Ausdruck, daß das Industriegebiet geteilt und zum größten Teil mit Einschluß von Königshütte an Polen fallen müsse. Also: "mit Einschluß von Königshütte". Das ist ein französischer Wunsch, dessen Berechtigtigkeit bestritten wird durch das Ergebnis der Volksabstimmung. Am 20. März gab es nämlich in Königshütte 31.848 deutsche Stimmen und nur 10.764 polnische. Die Stadt ist zu 75 Prozent deutsch, und dennoch soll sie nach französischen Wünschen den Polen ausgeliefert werden! Wir glauben zur Stunde noch nicht, daß solche Gewaltakte gegen das geringste Berechtigtheitsempfinden Wirklichkeit werden könnten!

## Trimborns Vermächtnis an die Deutsche Zentrumsparlei

Heute, da unser vereinigter Trimborn nicht mehr unter und weilt, wissen wir erst recht, was wir an ihm verloren haben. In ihm ist ein Mann dahingegangen, der besser als irgend einer wußte, wie ernst die Lage unseres Vaterlandes und Volkes ist, und welche außerordentliche Bedeutung eine einheitliche Führung der Zentrumsparlei auf ihrer alten Grundbasis hat. Trimborn wußte sich als Hüter der Zentrumsideale, wie sie ihm von den Vätern unserer Bewegung überkommen waren, aber er betrachtete sie nicht als etwas Starres, sondern als lebendige Größen, die der jeweiligen Wirklichkeit und Notwendigkeit angepaßt werden mußten.

Wie tief er in den Gedankenkreisen des Zentrums aber wurzelte, das besonders ergreifend sein letzter Aufruf im "Zentrum" (Nr. 4 vom 1. Juli d. J.) bewiesen. Er sagt da u. a.: "Unsere Politik ist auf lange Sicht eingestellt. Dabei vergessen wir aber nicht die praktischen Aufgaben des nächsten Tages. Gerade dadurch, daß wir Schritt für Schritt um die politische und rechtliche Erhaltung der christlichen Kulturkämpfer kämpfen, fördern wir den organischen Wiederaufbau, sichern wir vor allem die christliche Familie, die Keimzelle der lebensfähigen deutschen Volksgemeinschaft. Je mehr der christliche Geist unser ganzes öffentliches, nationales und internationales Leben durchdringt, desto mehr wird die objektive Arbeit, die gegenseitige Verständigungsmöglichkeit und die reibungslose Entföschung gefördert. Das aber bedeutet weiterhin Einkehr von Frieden und Glück, vor allen Dingen von einer weitgehenden Beruhigung in unser deutsches Familienleben. ... Gerade auch die Sorge für die Reuebelebung der guten deutschen Familie liegt uns in aller unserer politischen Arbeit zunächst am Herzen. Wir wissen, daß wir damit eine Wechselbeziehung wieder herstellen, die recht eigentlich deutsch ist, und unter deren segensreichen Folgen Deutschland groß geworden ist. Die Kräfte des Zweiges betrachten das heimliche Familienleben, und auf dem Grunde des reinen deutschen Familienlebens gedeihen am besten die Kräfte des Volkes."

Einem wesentlichen Teil unserer Arbeit, man darf wohl sagen, das Herz derselben, hat Trimborn seiner Partei mit seinen und tiefen Worten noch einmal vor Augen geführt. Trimborn, der in Wort und Schrift den Stil zu meistern verstand, hat nur selten Zeit gehabt, die Feder zu führen. Im Vordergrund seiner Pflichten standen die Fragen der Organisation. Auf diesem Gebiete liegt sein Hauptverdienst an die Deutsche Zentrumsparlei. Das Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumsparlei, das er von seinem Vorgänger, dem Abg. Weiser, übernahm, hat er in maßvoller Weise ausgebaut. Aus kleinen Anfängen ist ein schlagfertiger Apparat daraus geworden, der sich gerade jetzt erst recht bewähren dürfte, da Trimborn nicht mehr ist. Unter Trimborn ist an die Spitze des Reichsgeneralsekretariats Dr. jur. et phil. Rosenberger berufen worden. Alsobald wurde ein besonderes Dezernat für Akademiker- und Jugendfragen geschaffen. Dies wurde dem Dr. rer. pol. Vodel übertragen. In überaus kurzer Zeit lebten und blühten die Akademikergruppen und die Wandervogelbünde auf. Auch für die evangelischen Interessen im Zentrum wußte Trimborn zu sorgen. Evangelische gab es in unserer Partei seit deren Gründung. Auch Abgeordnete dieser Konfession hatten viele zu allen Zeiten. Wenn nunmehr ein evangelisches Dezernat geschaffen wurde, so geschah es wegen des leidenschaftlichen Kampfes gerade um diesen Zweck unserer Arbeit vor selten unserer Gegner. Dies Dezernat erhielt bekanntlich Otto Timmermann, der seitdem in Wort und Schrift unermüdlich die evangelischen Interessen im Zentrum vertreten hat. Timmermann wurde zugleich der Hauptschriftleiter des "Zentrum". In dieser hervorragenden Halbmonatsschrift dürfte Trimborn dem Zentrum sein bestes Vermächtnis gegeben haben. Sowohl von hervorragenden Mitarbeiter als auch von den Lesern aller Kreise und Parteien fand diese neue Halbmonatsschrift vom ersten Tage an steigende Anerkennung und wachsende Beachtung. Endlich sei die jüngste Schöpfung Trimborns, das Freundesdeznat, nicht vergessen. Es ist bekannt, wie sehr der Ausbau der Arbeit nach dieser Richtung unserm Trimborn am Herzen lag.

Unvergessen aber wird allen Teilnehmern die letzte Zusammenkunft führender Zentrumsabgeordneter und -politiker sein, die Trimborn zu Ausgang der Reichstagskession in Berlin noch einmal herbeiführte. Da legte er besonderen Wert darauf, daß

die Abgeordneten untereinander künftig Gelegenheit haben möchten, gesellschaftliche und freundschaftliche Bande zu pflegen. Was Trimborn dabei im Auge hatte, konnte nur zunächst eine Anregung bleiben. Aber wer Trimborn kennt, weiß, daß es sich hier um einen Lieblingsgedanken unseres Parteiführers handelte, dem nicht zum geringsten auch eine große politische Bedeutung beigemessen ist. Es ist keine Frage, daß das Zentrum jetzt erst recht bestrebt sein wird, diesen letzten und höchsten Wunsch Trimborns in Erfüllung gehen zu lassen. Ein Mittelpunkt, in welchem sich das gesamte Parteileben konzentrieren kann, das wäre das schönste Vermächtnis unseres Trimborn.

## Eine neue Lohnbewegung der sozialdemokratischen Gewerkschaften

Weshalb wie bei den Eisenbahnern beginnen sich die ersten Anzeichen für eine Lohnbewegung auch der deutschen Arbeiterkraft zu zeigen. Auch sie nimmt nebenso wie die Lohnbewegung der Eisenbahner ihren Ausgangspunkt in der Erhöhung der Wrotpreise wie überhaupt der allgemein anziehenden Preise für Lebensmittel. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einen Aufruf erlassen, der unter der Ueberschrift "Preissteigerung - Lohnerhöhungen" u. a. darauf hinweist, daß die Gewerkschaften keine Verantwortung für die Erhöhung der Preise der Arbeiter zu übernehmen haben, sondern nur die Verantwortung für die Erhöhung der Preise der Arbeiter zu übernehmen haben. Sie hätten schon früher nachdrücklich betont, daß sie nur mit Widerstreben diesen ungeschunden Preislauf mitmachten. Aber die Bemühungen, die weitere Entwicklung der Dinge so zu beeinflussen, daß wir endlich aus dem Zirkel herauskommen, seien bisher ohne Erfolg geblieben. Solange aber das nicht gelinge, bleibe der Arbeiterkampf kein anderer Weg, als der, durch ausstehende Lohnerhöhungen sich einen Ausweg für die fortschreitende Teuerung zu schaffen. Der Aufruf schließt damit, die Mitglieder der Gewerkschaften und alle Arbeiter und Arbeiterinnen im ganzen Reiche zu einem und geschlossenen Zusammengehen in den Gewerkschaften anzuregen.

Es ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, daß die fortschreitende Teuerung der Lebenshaltung ihre Schwermertung auf den Lohn haben wird und haben muß. Und so lange die sozialdemokratischen Gewerkschaften den letzten Weg nicht verlassen, wird man ihnen nämlich einen Vorwurf nicht machen können. Anders aber ist es, wenn sie zur Bewirklichung ihrer Forderungen etwa Wege beschreiten wollen, wie sie die "Rote Fahne" unabhänglich ihren Anhängern predigt. Die "Rote Fahne" ist denn auch nicht recht zufrieden mit dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes. Sie sagt zwar, daß die gesamte Arbeiterkraft sich der Forderungen des A.D.G.B. bemächtigen müsse, aber sie hebt gleichzeitig ihre Anklagen und die Arbeiterkraft im allgemeinen dazu auf, in Aktion zu treten, das heißt mit anderen Worten, daß die "Rote Fahne" zur Durchsetzung dieser Forderungen zur Gewalt auffordert. Sie fordert, daß die Arbeiterkraft das, was die mangelnde Energie ihrer Führer verkennt hat, dadurch wieder gut machen muß, daß sie einig und mit geschlossenem Kampfeswillen vorgeht.

In derselben Nummer, an der Spitze des Blattes, veröffentlicht das kommunistische Organ einen Aufruf, der sich betitelt: "Die Einheitsfront im Kampfe gegen Profitor und Steuerraub". Die übliche kommunistische Debe feiert in diesem Aufruf Triumphe und zum Schluß wird die Arbeiterkraft aufgefordert, am 14. August zu demonstrieren - gegen reaktionäre Preissteigerungen, gegen moralisch-politische Treibereien, für die sozialistische Republik, gegen die Klassenjustiz, für die Freilassung der politischen Gefangenen, für die Aufhebung des Belagerungszustandes, für die soziale Revolution und den Sturz des Kapitalismus". Das ist ein hübsches viel auf einmal, aber die "Rote Fahne" kann ja bekanntlich den Mund nicht voll nehmen, da kommt es auf ein hübsches mehr oder weniger nicht an.

## Die Orientfrage vor dem Obersten Rat

Paris, 10. August. Heute vormittag über den Obersten Rat die Besprechung der im Orient zu beobachtenden Neutralität fort und nahm einmütigen folgende Entscheidung an: Die Verhandlungsstände bezüglich, ihre Haltung strengster Neutralität im griechisch-türkischen Kriege beizubehalten; das heißt, die Verhandlungen sind sich einig, mit keiner Hilfeleistung irgendwelcher Art in den Kampf einzutreten, ob es sich nun um Truppen- oder Waffenlieferungen oder Gewährung von Krediten handelt. Hierzu bemerkt Dadas: Diese Entscheidung ist selbstverständlich nicht so aufzufassen, daß sie irgendwie die Freiheit des privaten Handels lezenträchtigen könnte, wie dieser nach der derzeitigen Beschöpfung besteht. Es geht vielmehr aus dem Wortlaute der Entscheidung hervor, daß allerdings die Verhandlungsgegenstände keinen der Kriegführenden in ihrer Eigenschaft als Regierung unterstützen können, daß aber Privatleute nach wie vor das Recht haben, auch fernherhin den Griechen wie den Türken Kriegsmaterial zu liefern.

Der Oberste Rat erörterte sodann die Frage der Kreiszeit der Neuzerungen. Man beschwerte sich ernstlich, daß die Türken im Voporus von den Bolschewisten mit Waffen versorgt würden. Es wurde daher verlangt, daß auch die Kreiszeit ihrerseits den Voporus über ihre Operationen benügen dürften. Im Gegenfah zu dieser Auffassung erklärte der französische Vertreter, es sei sehr wichtig, daß keinerlei Kriegshandlung im Voporus ausgeführt werde. Es wird ein gemeinsamer Schritt der Verhandlungsregierungen u. erwonnen, um die Freiheit der Neuzerungen zu sichern.

Nach der Regelung dieser Frage erörterte der Oberste Rat die Möglichkeit einer Vermittlung. Auch hier wurde leicht eine vollständige Uebereinstimmung erzielt und folgende Entscheidung angenommen: Die Verhandlungsregierungen behalten sich jede Möglichkeit vor, ihre guten Dienste als Vermittler anzubieten, sind aber der Ansicht, daß die Stunde noch nicht gekommen ist, um einen einstigen Erfolg eines beratigen Schrittes zu erhoffen.